Anlage 3

Rede der Oberbürgermeisterin Frau Borris zur Aktuellen Debatte – TOP 5

Wie ich auch schon in der Pressekonferenz gesagt habe, es werden enorme Herausforderungen auf uns zukommen und wir als Kommune sind gefordert die Gesellschaft durch diese schwere Krise zu leiten und den Zusammenhalt und die Solidarität aller Bürger und Bürgerinnen zu fördern, um den sozialen Frieden zu sichern.

Mein Aufruf heißt „Mit Ruhe und Besonnenheit agieren und jede Art der Panikmache vermeiden“. Bitte vertrauen Sie der Verwaltung, auch wenn nicht immer alles reibungslos funktioniert. Ich denke, wir haben in der Vergangenheit bewiesen, dass wir durchaus in der Lage sind, mit unseren Partnern, mit den Hilfsorganisationen sowie mit allen anderen beteiligten Kräften der Stadt, Krisen zu bewältigen. Nun ist mir sowie sicher allen anderen Beteiligten bewusst, dass diese Krise natürlich eine ganz andere Herausforderung ist. Aber, glauben Sie mir, dass wir nicht erst jetzt anfangen, uns darauf vorzubereiten. Wir haben schon eine ganze Menge unternommen und das Thema Zivilschutz ist schon länger innerhalb unserer entsprechenden Beigeordnetenrunde ein wichtiges Thema. Für diese überregional relevanten Themen sind bereits auch bestimmte Gremien installiert, die Anfragen an das Land und auch den Bund stellen, wie z.B. die Fragestellung von Rettungsschirmen, Gaspreisdeckel, etc. sowie auch der damit verbundenen Umsetzung.

Angst besteht auch vor einem möglichem „Blackout“. Was ist denn ein Blackout ? Ein Blackout ist ein plötzlich überregionaler und länger andauernder Strom- und Infrastrukturausfall. Und wie auch die Volksstimme schon berichtete, bereiten wir uns auch hier schon intensiv auf diese Möglichkeit vor. Wir haben einen gut funktionierenden Krisenstab, der in mehreren Situationen schon bewiesen hat, dass er funktionsfähig ist und dass er durchaus in der Lage ist, alle notwendigen Partner mit einzubinden.

Auch wenn jetzt schon Anfang/Mitte Oktober ist, haben wir immer noch Ruhe und Zeit, uns intensiv vorzubereiten. Auf die Frage in der Pressekonferenz, wie wir die Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs versorgen wollen haben wir eine klare Botschaft, dass auch die Menschen in der Stadt, soweit sie es denn können versorgen müssen. Wir müssen darauf achten, dass diejenigen, die es nicht können, die entsprechende Unterstützung bekommen. Es geht im Grunde um die generelle Erhöhung der gesellschaftlichen Resilienz.

Die Fragestellung, die Sie aufgemacht haben ist, verfügt die Verwaltung selbst über das erforderliche know-how? Wir stellen uns natürlich auch die Frage, welche Rolle hat die Verwaltung in diesem Kontext zu erfüllen. Wie ist die Eigenverantwortung zu definieren. Ich sage klar, die Stadt ist hier mit all ihren Möglichkeiten die erste Anlaufstelle, hat eine koordinierende und beratende Funktion in der Stadtgesellschaft und muss natürlich auch autonom handlungsfähig bleiben. Wir haben die Aufgabe, eine entsprechende Krisenkommunikation offen und ehrlich mit der Bevölkerung zu pflegen. Wir müssen uns dem steigenden Kommunikationsbedarf stellen und den Menschen in der Stadt eine Anlaufstelle sein. Das läuft vorbereitend schon eine geraume Zeit und wir haben den Krisenstab aktuell wieder ins Leben gerufen. Die Ergebnisse werden wir Mitte November vorstellen können – so ist es jedenfalls die gemeinsame Lesart.

Grundaussagen zum Blackout sind, ja, so ein Ereignis ist tatsächlich möglich, wobei von den Energieunternehmen gesagt wird, die Wahrscheinlichkeit ist nicht so hoch, wie sie hier in der Gesellschaft diskutiert wird. Die Stadt Magdeburg ist durch eine kluge Energiepolitik in der Lage, einem möglichen Gasausfall durch einen hohen Anteil von Fernwärmeversorgung entsprechend entgegenzuwirken.

Die Maßnahmen zur Energieeinsparung, die wir als Verwaltung ergriffen haben, haben wir in der Pressekonferenz dokumentiert. Hier geht es um eigene Maßnahmen mit Vorbildwirkung, wie z.B. das Herunterfahren von Temperaturen in den öffentlichen Einrichtungen, von der Reduzierung der Weihnachtsmarktzeit und der Lichterwelten.

Weiter sollten wir dazu aufrufen, dass jeder Einzelne, aber auch jede Organisation z. B. Pflegedienste, die für ältere Menschen zuständig sind, sich darauf vorbereiten, im Ernstfall alternativ handeln zu können.

Wir müssen so koordinieren, dass in komplizierten Situationen die Organisationen eng mit uns zusammenarbeiten.

Wir müssen als Stadt die kritische Infrastruktur sicherstellen, alle Risikogruppen in den entsprechenden Bereichen auch abholen, sowie vorbereitet sein, unterstützend einzugreifen und eben noch besser umfassend zu informieren.

Dazu haben wir folgende Aspekte im Blick, die jetzt untersetzt werden:

- Risiko- und Krisenkommunikation nochmal zu intensivieren
- Katastrophenleuchttürme in der Stadt, also Notrufmeldestellen zu etablieren (hier wird wahrscheinlich die Feuerwehr die entsprechenden räumlichen Möglichkeiten finden, um Notfalltreffpunkte einzurichten, die Logistik vorzuhalten und entsprechend zu beschaffen)
- Notstromaggregate jetzt vorzeitig zu beschaffen
- Gefahrenabwehr organisieren, falls es denn zu anderen Problemlagen kommt

Wir werden die Stabssitzungen wöchentlich abhalten, und dann entsprechend mit den externen Partnern versuchen, die Problematiken tiefgründig zu beleuchten und Lösungsansätze zu erarbeiten.

Die Frage war, was auf die Stadt jetzt für Kosten zusätzlich zukommen werden und was das für Auswirkungen auf den Haushalt hat. Ein Teil der Auswirkungen, nämlich unsere eigene Strom-, und Gasversorgung, ist im Haushaltsplan bereits enthalten. Das wird in der Haushaltsdiskussion sicherlich im Einzelnen nochmal dargestellt.

Was ich in der Pressekonferenz zum Wohngeld gesagt habe ist, dass wir den Andrang mit den zusätzlich zu schaffenden Stellen sicherlich nicht bewältigen können, wir aber schauen, ob wir dann die Anträge gegebenenfalls in Schichten bearbeitet bekommen. Natürlich nicht zum 01.01.23 – das sollte auch jedem klar sein. Aber wir werden ein System finden, da bin ich jetzt in der Diskussion mit dem Sozialdezernat, das es uns gelingt, schnellstmöglich alle Anträge zu bearbeiten. Möglicherweise kommt ja von der Bundesregierung noch eine vereinfachte Antragstellung, das ist meine Hoffnung und Botschaft in diese Richtung. Es sollte den Menschen möglich sein, die noch komplizierten Formulare einfacher und ohne Unterstützung ausfüllen zu können. Die Wohlfahrtspflege hat uns Unterstützungs- und Beratungsangebote zugesagt. Auch wenn wir nicht die 24 zusätzlichen Stellen besetzen können, die uns gesamt ca. 1,6 Mio. Euro kosten würden, sind wir durch diese Unterstützung in die Lage, möglicherweise in den ersten drei Monaten die notwendigen Hilfestellungen sicherzustellen.

Ja, Herr Pasemann, Sie lächeln mich da so an. Was soll ich sagen? Wir haben an vielen Stellen zu wenig Personal. Wir haben aber viele Krisen bereits bewältigt, in dem wir das vorhandene Personal zielgerichtet eingesetzt haben. Dafür kann man eben auch mal Danke sagen, Danke an die Kollegen, die mit Stolz dazu beigetragen haben, dass wir gemeinschaftlich alle diese Krisen für die Stadt Magdeburg im Vergleich zu manch anderen Städten geräuschlos gemeistert haben. Und ich sage es nochmal, haben Sie Vertrauen, dass wir, die Verwaltung, mit Ihnen gemeinsam und allen anderen Partnern da draußen es auch diesmal wieder in einem guten Fahrwasser hinbekommen werden. Sicher wird es an manchen Stellen auch ruckeln, aber das ist denke ich auch normal. So eine Situation, wie sie aktuell ist, haben wir noch nie erlebt. Hochwasser hatten wir zweimal, da waren wir besser vorbereitet, Flüchtlingszugang hatten wir auch schon, haben wir auch in den Griff bekommen und auch das werden wir bewältigen. Wichtig ist aber nicht in Panik zu verfallen, sondern offen und ehrlich mit der Bevölkerung umzugehen und Vertrauen zu schaffen.